

Auer Tageblatt

Veröffentlichung nach dem Antrage
und für die Anwerter des Postamtes
entgegen. — Erscheint werktäglich.
Sonderdruck: Anschlag Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte die Nebenposten
Poststelle für Anzeigen aus Aue
umgehend 20 Goldpfennige, an-
sonstige Anzeigen 25 Goldpfennige,
Kleinanzeigen 10 Goldpfennige,
sonstige 20 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 200

Mittwoch, den 27. August 1924

19. Jahrgang

Die Brücke der Entschleifungen.

Die zweite Lesung der Entwurfspläne ist im Gange. Erst die allgemeine dann die spezielle Debatte. Die Beratungsmaterie ist in vier Gruppen eingeteilt. Die Redezeit ist beschränkt. In bunter Folge ziehen die Redner der verschiedenen Parteien an Rednerpult vorbei. Jeder sagt seinen Spruch auf. Wiederholtes wird noch einmal wiederholt. Die Spezialisten bringen tiefer in die Schächte der Vorlagen ein. Der Ton der Verhandlungen ist weit ruhiger als an den Tagen vorher. Am Mittwoch soll wahrscheinlich erst am späten Abend die zweite Lesung beendet sein. Der Donnerstag ist Schlußtag. Entweder — oder.

Vorher noch war die Haltung der Opposition vor allem der Deutschnationalen, ganz auf das Entwerfen eingestellt. Die Deutschnationalen verstanden immer wieder, daß für sie nur eine glatte Ablehnung in Frage kommen könne. Nur ganz hinten hatte Dr. Hergt, als er seine große Oppositionsrede hielt, von der deutschnationalen Troßburg unauffällig eine kleine schmale Brücke über den Graben geschlagen. Das sollte keineswegs die Uebergabe der Festung bedeuten, aber doch Unterhändlern die Möglichkeit geben den Weg ins Freie zu finden. Dieser Weg ist inzwischen betreten worden.

Es wird uns darüber gemeldet:

Während der letzten Stunden haben sich die Ausschüsse für die Ausbringung einer Zweidrittelmehrheit für das Reichsbahngesetz und damit für die Abwendung einer Krise erheblich gebessert.

Während der Reichstagsverhandlungen haben zwischen Vertretern bürgerlicher Fraktionen inoffizielle Besprechungen stattgefunden mit dem Ziel, noch in letzter Stunde eine Plattform zu finden, die es auch den Deutschnationalen ermöglicht, den Gesetzentwürfen zuzustimmen.

In den Gesetzen selbst die in London dem Wortlaut nach verabredet worden sind, können keine Veränderungen angebracht werden; jedoch wäre es möglich in das Mantelgesetz, das nur von der deutschen Regierung eingebracht wird, und in London nicht besprochen worden ist Entschleifungen einzufügen, die die parlamentarische Situation maßgebend beeinflussen würden.

Der Antrag des Abg. Bredt von der Wirtschaftlichen Vereinigung, daß auch das Reichsbahngesetz mit einfacher Mehrheit angenommen werden kann, hat keine Aussicht auf Annahme, dagegen dürfte eine Reihe von Entschleifungen des Zentrums und namentlich der Deutschen Volkspartei es den Deutschnationalen möglich machen, für das Gesetzgebungswerk zu stimmen. Im Anschluß an die Rückschlüsse Dr. Hergts haben die Volksparteier eine Entschleifung eingebracht die die Reichsregierung auffordert, auf eine raschere Abmilderung des Ruhrgebietes, auf eine strikte Einhaltung bei der Abmilderung der Kölner Zone und auf eine lokale Einhaltung des Rheinlandabkommens durch die Mittel- und Westprovinzen hinzuwirken. Diese Entschleifung, die letzten Endes nur etwas Selbstverständliches ausdrückt können auch die anderen Mittelparteien, kann auch die Sozialdemokratie unterschreiben. Dasselbe läßt sich von einer weiteren Resolution der Volkspartei über die Kriegsschuldfragen und über die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Belgien sagen. Auch die Bayerische Volkspartei bietet der Regierung durch eine Entschleifung, die eine festerliche Haftungsverwahrung gegen die Ruhrbesetzung enthält, Liebedank an. Auch das können die Mittelparteien, kann die Sozialdemokratie unterschreiben. Das Zentrum wird eine Entschleifung einbringen, die die Forderung erhebt, daß die Regierung für die lokale Durchführung des Rheinlandabkommens Sorge trägt.

Die Deutschnationalen haben aber noch den besonderen Wunsch gewisse Zugeständnisse zu erhalten bis sich auf die Fortführung unserer Außenpolitik in kommenden Zeit in einem den Deutschnationalen genehmigten Sinne erstrecken. Wie weit man nun in der Lage sein wird, ob vage Versprechungen hinaus Wortschatz zu bieten, so daß Herr Hergt sich zufrieden erklärt und dem Gedanken näher tritt, im Herbst mit in die bürgerliche Koalition einzutreten, bleibt abzuwarten. Noch ist eine knappe Frist gegeben, ehe die entscheidende Abstimmung fällt, und in dieser Frist kann sich noch manches ereignen.

Wenn von gewissen Seiten die Möglichkeit in die Debatte geworfen wird, den

antrag Bredt

möglichst sofort in die Entscheidung treten zu lassen, um den Widerstand der Deutschnationalen zu überwinden, so muß eine solche Auffassung wundernehmen. Wer will einen solchen schwerwiegenden Schritt, der keiner

Der Reichspräsident zur Auflösung entschlossen.

Unterzeichnung des Londoner Abkommens am 30. August. — Die Verhandlungen mit den Deutschnationalen gescheitert. — Prügeljahren im Reichstag.

Berlin, 27. August. (Amtlich.) Der Reichskanzler erstattete heute vormittag dem Reichspräsidenten Bericht über die politische Lage, in deren Beurteilung sich völlige Uebereinstimmung zwischen dem Reichskanzler und Reichspräsidenten ergab. Der Reichspräsident erklärte sich mit der Unterzeichnung der Londoner Abmachungen am 30. August einverstanden und stimmte dem Reichskanzler darin zu, daß die Unterzeichnung auch die Verpflichtung zur Ausschöpfung aller parlamentarischen und verfassungsmäßigen Möglichkeiten für die Verabschiedung des zur Durchführung des Gutachtens erforderlichen Gesetze in sich schließt.

Demgemäß erklärte der Reichspräsident dem Reichskanzler seinen Entschluß, den Reichstag aufzulösen, falls die zu beschließenden Gesetze nicht die erforderliche Mehrheit finden.

Die Deutschnationalen lehnen alle Vermittlungsanträge als ungenügend ab.

Berlin, 26. August. Alle Versuche, die gestern im Reichstage von verschiedenen Seiten gemacht worden sind, um die Deutschnationalen zu einer Haltung zu bewegen, die der Verabschiedung der Dawesgesetze nicht gefährlich werden kann, haben zu keinem Resultat geführt. Die von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Anträge über frühere Räumung und eine sachgemäße Handhabung und Auslegung des Rheinlandabkommens sind nach einer parteioffiziellen Mitteilung der Deutschnationalen von diesen nicht als vollständig genügend anerkannt worden, weil sie in das Mantelgesetz nur eine Aufforderung an die Regierung aufnehmen auf dieses Ziel hinzuwirken. Vom deutschnationalen Standpunkt aus sei zu fordern, daß die Erreichung dieser Ziele eine Bedingung für das Inkrafttreten des Gesetzes sei. Auch die Resolution der Deutschen Volkspartei über die Kriegsschuldfrage erscheint den Deutschnationalen nicht als ausreichend. Alles in allem sieht man jetzt keine andere Möglichkeit als die Auflösung des Reichstages.

Prügeljahren im Reichstag.

Berlin, 27. August. In der heutigen Sitzung kam es bei Behandlung eines kommunistischen Antrags auf Zulassung aller ausgeschlossener und indistierter Abgeordneter zu kirchlichen Lärmjahren und einer Schlägerei zwischen Kommunisten und dem Abg. Brodau. Die Kommunisten Hölein und Roenen schlugen mit Häuten auf die demokratischen Abgeordneten ein, die den Abg. Brodau zu schützen versuchten. Es entstand ein ungeheurer Tumult und eine regelrechte Prügeljahren. Die Tribünen brachen in Aufruhr aus. Der Präsident mußte die Sitzung schließen. Um 12.10 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet.

Beim Reichskanzler sind in den letzten Tagen eine große Reihe von Kundgebungen für die Annahme des Sachverständigengutachtens vor allem aus dem besetzten Gebiet, eingegangen. Nicht zuletzt sind es die zum großen Teil auf deutschnationalen Boden stehenden landwirtschaftlichen Organisationen.

Bei Ueberstürzung vertritt, noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages zur Ausführung bringen ohne die Sozialdemokraten zu heftiger Gegenwehr zu veranlassen? Es wäre doch mit Sicherheit zu erwarten, daß die Sozialdemokraten, falls es soweit kommen sollte, ihrerseits gegen das Dawesgutachten stimmen würden, und der Bürgerblock wäre gleich seiner Gründung einer schweren Erschütterung ausgesetzt. Mit solchen Mitteln ist die augenblickliche Krise nicht zu lösen. Es entbehrt nicht des höchsten Reiches, daß die Deutschnationalen am Mittwochabend noch zu einer besonderen Sitzung zusammenkommen wollen, um darüber zu beschließen, ob für Donnerstag Fraktionszwang festgesetzt werden soll oder nicht. Es zeugt dies davon, wie hartnäckig sich die verschiedenen Richtungen bekämpfen. Es liegt aber kaum die Wahrscheinlichkeit vor daß der Fraktionszwang votiert wird. Das heißt nur die Schwierigkeiten vermehren, die jetzt bereits haushoch aufgetürmt sind.

Die Reichstagsitzung am Dienstag.

Berlin, 26. August. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der neuen Vorlagen, die sich auf die Londoner Konferenz beziehen. Die Beratung der Vorlagen erfolgt in vier Gruppen. Die erste Gruppe umfaßt die Bankvorlage die zweite bezieht sich auf die Inflation, die dritte umfaßt das Reichsbahngesetz und die vierte das Mantelgesetz. Die Abstimmungen zur zweiten Lesung sollen nicht nach der Erledigung der einzelnen Gruppen erfolgen, sondern gemeinsam am Schluß der Beratung also morgen nachmittags. Zur Beratung steht zunächst die erste Gruppe der Vorlagen, also das Bankgesetz, das Privatnotenbankgesetz, das Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs der Rentenbankcheine und der Münzgesetzentwurf.

Abg. Dietrich (Dn.) sagte, der Reichskanzler habe sich gestern die Kritik der Deutschnationalen verdient, falls sie keine anderen Vorschläge machen wollten. Der Reichskanzler werde aber wohl die Kritik hinnehmen müssen, auch wenn sie ihm nicht gefalle.

Abg. Reil (Soz.) machte die Rechte für die Inflation verantwortlich und bedauert, daß es des Eingreifens des Auslandes bedürfte, um uns die Wege zu einer stabilen Währung zu lassen.

Abg. Dammers (Str.) widerpricht der im Volke verbreiteten Auffassung daß mit dem Verschwinden der Rentenmark die neue Währung nicht stabil sein werde. Oesterreich habe nicht die Opposition um jeden Preis gewollt. Im gegebenen Augenblicke müsse man die prak-

tisch realen Interessen voranzustellen. Eine große Anzahl von Krediten werde sofort hinsichtlich, wenn die Gesetze nicht angenommen würden.

Abg. Kay (Komm.) erklärt: Ob angenommen oder nicht, ein Ausweg aus der Umklammerung durch das ausbeutende Weltkapital sei der deutsche Wirtschaft nicht mehr möglich. Er lehnt die Vorlage ab.

Abg. Dr. Kulenkampff (D. Sp.) hält die Stärkung für ausreichend, um eine wirkliche Goldwährung zu schaffen. Die Rentenmark werde sich neben der Goldmark halten.

Abg. Feder (Natsoz.) betont, daß es heute nur einen Herrn der Welt gebe: das große Weltkapital. Die Vorlagen seien ein Versuch das deutsche Volk in die Fingernägel des internationalen Kapitals zu bringen. Der Redner warnt die Minister unter Hinweis auf eine event. spätere Anklage wegen Hochverrat davor auch noch die Verkehrs- und Finanzhoheit preiszugeben.

Reichspräsident

wirkt dem Vorredner Verhörung vor. Das starke Verdienst Dr. Schachts an der Aufrechterhaltung der Währung muß anerkannt werden. Die Regierung betrachte die vorliegenden Gesetze nicht als besonders wertvolle Errungenschaft. Sie will aber auch dem Volke nicht die Hoffnung nehmen, daß auf diesem Wege sich eine Besserung anbahnen könne.

Abg. Graf Bernhorst (Dem.) bezeichnet die Annahme der Gesetze als nationale Notwendigkeit und beantwortet einen Sicherheitspaß mit Frankreich. Dann werde man auch in der Frage der früheren Ruhrbesetzung Erfolge davortragen. Von einer dauernden Neutralisierung deutschen Bodens könne allerdings keine Rede sein. Die Aufnahme in den Völkerbund könne Deutschland erst beantragen, wenn der deutsche Boden frei von fremden Truppen sei.

Abg. Holzammer (W.-P.) verlangt die Ausdehnung der Kredithilfe auch auf Handwerk und Kleinhandel.

Abg. Kurth (Deutschsoz.) nennt die Goldnotenbank ein Instrument, um uns der internationalen Hochfinanz auszuliefern. Damit ist die Aussprache über die erste Gruppe die Vorlage über die Bankgesetze erledigt. Die Abstimmung wird am Mittwoch erfolgen. Es folgt die zweite Lesung der zweiten Gruppe.

die Vorlagen des Industrie- und Handelsministeriums und des Aufwandsministeriums.

Abg. Schneider (D. Sp.) beantragt, Landwirtschaftliche Betriebe auch dann von der Auflage zu befreien, wenn sie zu industriellen und gewerblichen Betrieben gehören. Ferner soll die Regierungsvorlage wiederhergestellt werden, wonach auch die verbodenen Betriebe